



# CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



## **Schulentwicklung und Bildungsnetzwerk Die Zukunft der Bildungsinfrastrukturen im Kreis Heinsberg Newsletter, Ausgabe 02-2010**

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,  
liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen,

im April haben Sie die erste Ausgabe unseres fraktionseigenen Newsletters erhalten; hier nun – wie angekündigt – die nächste Ausgabe. Beginnen wollen wir dieses Mal mit dem Thema Regionales Bildungsnetzwerk. Dieses konnte nach langen Vorbereitungen nun endlich auch für den Kreis Heinsberg auf den Weg gebracht werden.

### **Regionales Bildungsnetzwerk**

Nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion sind Vernetzung und Kooperation auch im Bereich der Bildung nicht mehr wegzudenken, weshalb wir uns eindeutig für die Einrichtung eines Bildungsnetzwerkes auch in Kreis Heinsberg aussprechen. Erste Verhandlungen zum Abschluss eines dahingehenden Kooperationsvertrages zwischen dem Land NRW und dem Kreis sahen vor, dass das Land 1,0 Stelle pädagogisches Personal bereit stellt und der Kreis die personelle und sächliche Ausstattung der regionalen Geschäftsstelle des Bildungsnetzwerkes sicherzustellen hat. In Zeiten schwieriger kommunaler Finanzen sind zusätzliche Personalressourcen aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion kritisch zu sehen. Unter der Prämisse, dass kein zusätzliches kommunales Personal eingestellt werden soll, konnte ein Konsens erreicht werden.

Unter Berücksichtigung der personellen Ressourcen wurden die Handlungsfelder im Bildungsnetzwerk zunächst auf Zusammenarbeit der Schulträger und Bildungseinrichtungen, Initiierung und Abstimmung von schulischen Projekten in der Region, Beratung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Problemen, sowie Übergangsmangement beschränkt. Dadurch ist es möglich die personelle Ausstattung der regionalen Geschäftsstelle zunächst ohne eine zusätzliche kommunale Stelle durch vorhandenes Personal des Kreises zu gewährleisten. Hiermit haben wir als Kreispolitiker/innen auch dem besonderen Anliegen der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Kreis Heinsberg Rechnung getragen, gerade auch in Zeiten der kommunalen Finanzmisere die Wahrnehmung wichtiger weiterer Aufgaben ohne Mehrkosten zu realisieren. Im Kreis Heinsberg haben wir mit dieser Maßnahme außerdem einen wichtigen Lückenschluss vollzogen. Außer dem Rhein-Erft-Kreis wurden nun im Regierungsbezirk Köln flächendeckend regionale Bildungsnetzwerke gegründet.

Nach entsprechender Beschlussfassung im Kreisausschuss am 29.04.2010 wurde am 1. Juni 2010 anlässlich der Vorstellung des Gutachtens zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung der Kooperationsvertrag von Staatssekretär Winands und Landrat Stephan Pusch unterzeichnet. Die Arbeiten zur Umsetzung laufen auf vollen Touren.

Vorsitzender: Norbert Reyans · Kleinwehnhagen 14 · 52538 Selfkant  
1. stellv. Vors.: Erwin Dahlmanns · Freihof 3 · 52538 Gangelt  
2. stellv. Vors.: Harald Schlößer · Am Liesenfeld 9a · 41812 Erkelenz

Geschäftsführer: RA Martin Kliemt · Valkenburger Str. 45 · 52525 Heinsberg  
Tel: 02452-131710 · Fax: 02452-131715 · mail: [cdu-fraktion@kreis-heinsberg.de](mailto:cdu-fraktion@kreis-heinsberg.de)  
Internet: [www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de](http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de)

## **Kreisweite Schulentwicklungsplanung**

Auch der Vorstellung des Gutachtens zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung gingen lange und aufwändige Vorbereitungen voraus. Die Auswirkungen des demographischen Wandels haben bekannter Maßen auch den Kreis Heinsberg erreicht. Neben dem demographischen Wandel, der zunehmend alle Schulträger vor die Herausforderung stellen wird, auch bei einem Rückgang der Schülerzahlen ein möglichst umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten, haben sich in den letzten Jahren auch durch eine Reihe rechtlicher Änderungen die maßgeblichen Rahmenbedingungen im Schulwesen sehr stark verändert. Beispielhaft erwähnt seien die Aufhebung der Schulbezirke für Grundschulen und Berufsschulen und das damit einhergehende Auswahlrecht der Eltern, das schrittweise Vorziehen des Einschulungsalters, die Schulzeitverkürzung im Gymnasium nach dem Modell 9+3, der anhaltende Ausbau von Halbtagschulen zu Ganztagschulen, die Möglichkeiten zur Bildung von Verbundschulen und zum Führen von Schulen mit Teilstandorten, die verbindlicheren Grundschulempfehlungen und Weiteres mehr.

Mit Blick auf diese vielfältigen Veränderungen und Entwicklungen kommt der Schulentwicklungsplanung als Grundlage für die von den einzelnen Schulträgern zu treffenden schulorganisatorischen Entscheidungen eine wachsende Bedeutung zu. Mit der Erstellung eines gemeinsamen kreisweiten Schulentwicklungsplanes, für die sich die CDU-Kreistagsfraktion aus den genannten Gründen immer wieder ausgesprochen hat, werden im Rahmen eines engen Abstimmungsprozesses zwischen allen Trägern öffentlicher Schulen im Kreisgebiet möglichst optimale und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen gefunden werden, um auch künftig ein gut ausgebautes und wohnortnahes Schulangebot sicherstellen zu können.

In seiner Sitzung am 18.12.2008 beschloss der Kreistag daher einstimmig die Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes; den Auftrag hierzu erhielt die Projektgruppe Bildung und Region in Bonn, die am 01.06.2010 in der Aula des Gymnasiums Hückelhoven ihr umfangreiches Gutachten vorstellte. Derzeit arbeitet die CDU-Kreistagsfraktion intensiv an der Auswertung der Datenmassen, damit zeitnah entsprechende Schlussfolgerungen gezogen und die notwendigen Entscheidungen getroffen werden können, um die Bildungsinfrastrukturen in unserem Kreis zukunftsfähig zu machen.

## **Neuorganisation der Aufgaben nach dem SGB II – Thema Optionskommunen**

Weiterführung der ARGE oder Optionsmodell? Diese Frage stellt sich nun im Kreis Heinsberg, was die Organisationsform der Aufgabenerledigung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende angeht. Stein des Anstoßes war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007, wonach die Einführung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt und den Gesetzgeber aufgefordert wurde, bis zum 31.12.2010 eine neue, den Anforderungen des Grundgesetzes entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen. Diese haben zwischenzeitlich den Bundesrat passiert; für das Land NRW sind 8 weitere Optionsplätze vorgesehen.

Insbesondere aufgrund der vorgesehenen verschuldensunabhängigen Haftung und insoweit zu befürchtender Rückforderungen von Bundesmitteln und weil sich die kreisangehörigen Kommunen bis auf eine bislang dafür aussprechen, als Fortsetzung der ARGE die gemeinsame Einrichtung zu wählen, wurde in der Kreistagssitzung am 29.06.2010 zunächst ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt. Sie wird ein Konzept erarbeiten das die beiden

möglichen Alternativen „Jobcenter“ und „Optionsmodell“ für das Gebiet des Kreises Heinsberg beschreibt. Die jeweils zu erwartenden Vor- und Nachteile sowie die voraussichtlichen Kosten beider Organisationsformen werden dabei gegenübergestellt. Sobald diese Ergebnisse vorliegen, werden wir abschließend beraten und im Sinne einer für den Kreis Heinsberg bestmöglichen Lösung entscheiden; wir bleiben also auch hier „am Ball“.

### **Beteiligung der Unternehmerschaft im Themenkomplex Wirtschaftsförderung**

Ziel einer gemeinsamen Initiative der Fraktionen von CDU und FDP im Kreistag Heinsberg ist eine verbesserte Beteiligung der ortsansässigen Wirtschaft im Bereich der Wirtschaftsförderung. Nicht zuletzt die Diskussionen über einen Hochschulstandort „Schienenfahrzeugtechnik“ in Wegberg-Wildenrath ließen das Erfordernis von Kooperationen deutlich werden. Im Bereich der Wirtschaftsförderung könnte z. B. ein Unternehmensbeirat den Dialog und das Zusammenwirken zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik stärken um so die wirtschaftliche Zukunft des Kreises Heinsberg zu sichern. Insgesamt muss es Ziel sein, den Kreis Heinsberg sowohl für die Unternehmerschaft, aber auch für Abiturienten, Studenten und Absolventen so attraktiv wie möglich zu machen.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 02.12.2009 wurde der dahingehende gemeinsame Prüfauftrag der Fraktionen von CDU und FDP einstimmig beschlossen. In der Folgezeit entwickelten WFG und Verwaltung des Kreises Heinsberg ein Konzept für einen Wirtschaftsbeirat, in das Unternehmer aus verschiedenen Wirtschaftssektoren, regional ansässige Hochschulen, die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne, der Landrat sowie der Geschäftsführer der WFG einbezogen werden sollen. Dieses Konzept wurde in der Sitzung des Kreisausschusses am 22.06.2010 einstimmig beschlossen; seit dem sind die Maßnahmen, um den Wirtschaftsbeirat ins Leben zu rufen, im Gange; damit setzte die Kreispolitik/CDU-Fraktion einen wichtigen Meilenstein zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kreis Heinsberg.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen. Wir hoffen, dass wir Ihnen auch dieses Mal einen interessanten Einblick in unsere Arbeit geben konnten und würden uns freuen, wenn Sie auch die nächste Ausgabe unseres Newsletters mit Interesse verfolgen. Darin werden wir unter anderem das Thema Gründung einer AÖR aufgreifen.

mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans  
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt  
Geschäftsführer